DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

SPIEGEL *Titel*

„Er weiß, daß er die Wahl verloren hat"

Handfester Krach zwischen CDU und CSU. Beim Spitzengespräch im Kanzleramt legten sich CDU-Generalsekretär Heiner Geißler und Arbeitsminister Norbert Blüm mit den CSU-Spitzen an. Ihr Kalkül: Helmut Kohl aus der Schußlinie zu halten und zugleich Vorsorge zu treffen, daß die Union nicht ganz nach rechts abdriftet.

Am Tisch des Kanzlers ging es rund. Norbert Blüm brüllte Franz Josef Strauß an: „Sie können mich nicht beeindrucken, auch nicht durch Ihre Schreierei." Strauß konterte knapp: „Büttenredner." Darauf Blüm: „Vokabular des politischen Gegners."

Friedrich Zimmermann fetzte gegen Heiner Geißler: „Beleidigung", das Benehmen des CDU-Generalsekretärs sei „unerhört und empörend". Geißler: „Ich habe nichts zurückzunehmen." Der CDU-General hatte den CSU-Bundesministern öffentlich Versagen vorgeworfen, die „Leistungsträger dieser Regierung", so Geißler im SPIEGEL, seien ausschließlich „CDU-Leute" gewesen.

CSU-Chef Strauß leitete aus dem miserablen Abschneiden der Union bei der Bundestagswahl die Schicksalsfrage für Helmut Kohl ab: „War das ein Ausrutscher, oder signalisiert das einen Trend?" – abwärts bis zum Machtverlust? Was nun, Herr Kohl?

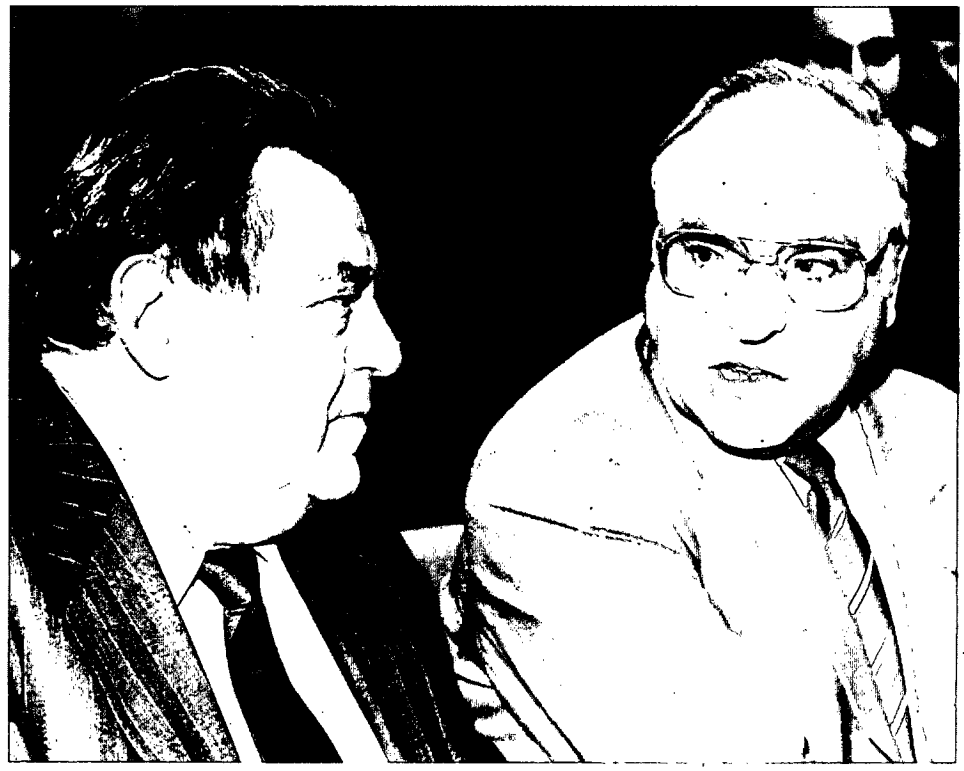
Am vorigen Mittwoch, als Spitzenpolitiker der schwarzen Schwestern CDU und CSU im Kanzleramt erstmals zusammengekommen waren, um über die Wahl zu debattieren und die Koalitionsgespräche mit den Freidemokraten vorzubereiten, saß einer meistens schweigend dabei – Helmut Kohl, der Vater des traurigen Sieges.

Hämte Strauß hinterher: Der Regierungschef sei „sehr zurückhaltend" gewesen, habe „wenig gesagt". Und: „Kohls Dispositionsfreiheit ist nicht größer geworden. Er weiß innerlich, daß er die Wahl verloren hat."

Der Titelverteidiger, der seiner Union mit 44,3 Prozent das mieseste Ergebnis seit 1949 beschert hatte, wollte in der vergangenen Woche vor allem eins: nicht auffallen, nur ja keinen Anlaß für Diskussionen zur Person bieten.

Vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion streifte Kohl kurz den Wahlausgang und redete lieber davon, daß die Deutschen mehr Kinder bräuchten, daß er beeindruckt gewesen sei von Erich Honeckers Neujahrskonzert, daß mehr zu geschehen habe in Bonns auswärtiger Kulturpolitik.

Im CDU-Präsidium vermied Kohl jedes Wort der Kritik an dem Baden-



Kontrahenten Strauß, Kohl: „War das nur ein Ausrutscher?"

Württemberger Lothar Späth oder dem Nordrhein-Westfalen Kurt Biedenkopf, in deren Ländern die CDU besonders schlecht abgeschnitten hatte.

Das war nicht der Riese aus der Pfalz, selbstbewußt und selbstgerecht. Kohl backte kleine Brötchen. FJS berichtete über sein Vier-Augen-Gespräch am Mittwoch mit dem Kanzler, Kohl sei „sehr nachdenklich" gewesen, trotz seines nach außen gezeigten „gegenteiligen Habitus". Der Kanzler habe darum gebeten, „die Schuldzuweisungen aufzugeben".

Nach seinem Sieg am 6. März 1983 hatte er noch Programm und Personal nach eigenem Gutdünken bestimmt. Jetzt brauchte er Hilfe.

Schon am Wahlabend hatte sich CDU-Generalsekretär Geißler ins Gefecht geworfen und in rüden Attacken die Schuld am Wahldebakel der bayrischen Schwesterpartei zugeschoben, vor allem ihrem Vorsitzenden Strauß. Hauptzweck der Vorwärtsverteidigung Geißlers: den

Der CSU-Generalsekretär Gerold Tandler konterte im „Bayernkurier" auf Geißler: „Wer gar noch nach der Wahl, wie der Generalsekretär der CDU im SPIEGEL, die Behauptung aufstellt, die CSU habe im Wahlkampf die Entspannungspolitik in Frage gestellt, übernimmt die Argumentation des politischen Gegners."

Eine Spalte daneben stieß Edmund Stoiber ins gleiche Horn: „Dreister geht es kaum mehr", urteilte er über die Attacken Geißlers und höhnte, der CDU-General „wäre außerordentlich gut beraten, zunächst einmal lange, nachdrücklich und gründlich vor der eigenen Tür zu kehren".

Doch Geißler ließ das alles kalt. „Bestimmte Dinge" würden „von der CDU nicht akzeptiert", erklärte er am Mittwoch und wiederholte seinen Vorwurf: Aussagen führender CSU-Politiker seien „Wasser auf die Mühlen der FDP" gewesen.



Strauß-Gegner Blüm, Geißler: „Wasser auf die Mühlen der FDP"

wahren Verantwortlichen, den CDU-Chef Kohl, so gut es ging, aus dem Schlamassel herauszuhalten, eine Kanzler-Diskussion zu vermeiden.

So drosch er auf die Bayern ein: Sie hätten die FDP hochgeschimpft. Über das Lieblingsthema des Franz Josef Strauß, die Bindewirkung der Ostverträge für eine gesamtdeutsche Regierung, spottete Geißler: Es sei „ungefähr politisch so relevant wie die Frage, wie viele Engel auf einer Nadelspitze Platz haben".

Die Ablenkungsangriffe zeitigten, einstweilen, die beabsichtigte – und von Strauß, einem der Mitschuldigen des Wahldebakels, insgeheim durchaus gewünschte – Wirkung. Die CSU reagierte gereizt, scharte sich um ihren attackierten Vorsitzenden.

Das erboste Strauß noch mehr: „Geißler benimmt sich flegelhaft", rügte er.

Der CDU-General stand beim CDU/CSU-Spitzengespräch nicht allein. Auch Norbert Blüm sprang dem Kanzler bei und profilierte sich als entschiedener Gegner jeglicher Rechtstendenzen, wie sie der Arbeitsminister in Straußens Kampagne für großzügige Waffenexporte, gegen Hans-Dietrich Genschers Entspannungspolitik und für das Apartheid-Regime in Südafrika ausgemacht hatte.

Laut verlas Blüm Kostproben aus einer gemeinsam mit Geißler erarbeiteten Sammlung von CSU-Zitaten, die gegen das verabredete gemeinsame Wahlkonzept der C-Parteien verstoßen und die umworbenen Wähler der Mitte zur FDP getrieben hätten. Strauß hielt sarkastisch dagegen: „Die Getreidebau-



Strauß-Intimus Stoiber
„Dreister geht es kaum mehr"

ern und Schweineproduzenten in Niederbayern sind aus Rücksicht auf die Entspannungspolitik davon abgehalten worden, uns zu wählen" (siehe Seite 22).

Wahlkampfexperten im Bonner Konrad-Adenauer-Haus, der CDU-Zentrale, waren sich am Ende voriger Woche nach dem ersten Zusammenprall der Bonner und der Münchner sicher: Wenn Geißler und Blüm nicht für Kohl in die Bresche gesprungen wären, hätte es schlimm ausgesehen für den Kanzler. Geißler rühmte sich: „Ich habe eine Abwehrschlacht für den Kohl geschlagen." Was der gereizte Strauß wiederum bezweifelt: „So g'scheit ist der net."

Geißler und Blüm, beide vom sozialreformerischen Flügel der CDU, hatten am Mittwoch rasch verstanden, daß Franz Josef Strauß nicht nur daran lag nachzukarten. Ihm ging es vor allem um den künftigen Kurs der Union. Die CDU/CSU könne, so der Bayer am Kanzlertisch, künftig nur mehrheitsfähig bleiben, wenn sie von der Mitte bis zum rechten Rand der Wählerschaft alles abdecke. Strauß klagte, an den Flügeln machten sich Gruppen selbständig, weil die Integrationskraft der großen Volksparteien zurückgehe.

Welche Sorge ihn plagt, hatte er tags zuvor den alten und neuen Abgeordneten der CSU-Landesgruppe dargelegt. Warnendes Beispiel sei die Entwicklung der SPD, an derem linken Rand sich „eine linksextremistische Partei", die Grünen, „diese Chlorophyllkommunisten", dauerhaft zu etablieren scheine.

Es werde nicht mehr lange dauern, so Strauß, bis sich auch auf dem rechten Rand eine Partei bilde, die „dann die Union in größere Schwierigkeiten bringt". Ohne im Wahlkampf besonders aufzufallen, sei die NPD von 90 000 auf mehr als 200 000 Stimmen angewachsen. Und Franz Schönhubers Republikaner, die bei der bayrischen Landtagswahl aus dem Stand drei Prozent erzielten, hätten laut Strauß, wären sie bundesweit ange-

treten, die Union „unter 44 Prozent" gedrückt.

Im engsten Vertrauten-Kreis war der Bayer letzte Woche in Bonn noch deutlicher geworden: In Kohl habe die Union keine überragende Integrationsfigur, deren Charisma bis in den rechten Randbereich abstrahle. So könne die Partei unter diesem Mann „ohne Führungskraft", der zu „hirnrissigen" Ausfällen neige, leicht zu einem konturlosen Gebilde werden, das erst auf 42 Prozent und dann auf 39 Prozent schrumpfe.

CDU-Mann Blüm konterte bei der Krachsitzung im Kanzleramt das Untergangsszenario des Bayern: Die Union sei eine Partei der Mitte, von Kapitalismus und Sozialismus gleich weit entfernt. Wenn er sich recht erinnere, so Blüm, stamme diese „Definition von Franz Josef Strauß". Die Unionsklientel sei nicht ideologisch fixiert. Eine unter Oskar Lafontaine nach links rückende SPD mache in der Mitte bei klassischen Arbeitnehmerwählern Platz für die Union.

Der Arbeitsminister widersprach der Strauß-These, die Union müsse ganz weit nach rechts ausholen. Die Integrationskraft der Volkspartei habe Grenzen: „0,3 Prozent rechts weniger ist nicht so schlimm wie drei Prozent in der Mitte." Blüm setzte noch eins drauf: „Ich bleibe dabei, in der Mitte haben wir verloren mit rechten Themen." Strauß: „So ein Quatsch", der Minister solle sich seine „Belehrungen sparen". Und gleich darauf: „Reden S' doch, was Sie wollen."

Dann versuchte FJS den CDU-Mann festzunageln: „Sind wir Rechtsrucker oder nicht?" Blüm: „Was ist denn das? Das Wort kenne ich nicht." Anstelle von Blüm bejahte Geißler die Frage: Strauß' Eintreten für freien Waffenexport und gegen die Entspannungspolitik hätte, das zeigten die Umfragen in der letzten Wahlkampfphase eindeutig, wie ein Rechtsruck gewirkt.

Strauß hielt dagegen: Nicht er habe im Wahlkampf der FDP Stimmen zugetrieben. Kohl und Geißler hätten es doch von Anfang an darauf angelegt, die FDP langfristig als Koalitionspartner hochzupäppeln, anstatt sie mit profilierter Unionspolitik zu bekämpfen.

Erneut blockten ihn die beiden Kohl-Verteidiger ab: Sie hätten „keinen Nachholbedarf", sich von der FDP abzugrenzen. Eher wohl Strauß selbst. Denn schließlich mache er gemeinsame Sache mit den Liberalen. Früher hätten sie einträchtig die steuerliche Zwangsabgabe auf Top-Einkommen abgelehnt, heute seien sie sich einig darin, den Spitzensteuersatz für die Reichen zu senken (siehe Seite 21).

So geriet die vorgesehene Wahlanalyse zur Putz- und Flickstunde der Unionschristen: statt gemeinsamer Strategie für die Zukunft Streit um die Richtung.

Nicht etwa aus Liebe zu Kohl haben sich Geißler und Blüm für ihren Kanzler geschlagen. Die beiden riskierten die große Lippe gegenüber Franz Josef aus Eigennutz. Sie hofften, sich auf diese Weise den Kanzler zu verpflichten und ihn für ihre politischen Ziele in der 11. Legislaturperiode zu gewinnen.

Während der zurückliegenden viereinhalb Jahre hatten sie sich oft genug dem Spardiktat des Finanzministers und dem Regierungschef fügen müssen. In den kommenden Jahren, verlangte das Duo, müßten die sozialpolitischen Ziele Vorrang haben. Blüm und Geißler wollen Kohl auf ihre Seite ziehen, wenn es darum geht, die große Steuerreform so zu gestalten, daß genügend Spielraum bleibt für ein Bukett von Wohltaten für Familien, Jugendliche, Frauen, Behinderte. Außerdem wollen die beiden verhindern, daß die Steuergeschenke die finanziellen Reserven für die fällige Rentenreform aufbrauchen.

Adenauer-Haus für Geißler gearbeitet hat, „weiter verbreitet als die grünen Prozente – sie reichen bis tief in die Mitte der bürgerlichen Mehrheitsgesellschaft hinein" (siehe Seite 20).

„Die übliche Aussitzerei nutzt nicht mehr viel", befand einer der CDU-Patriarchen, der frühere Arbeitsminister Hans Katzer. Doch unter Kohl wird weiter ausgesessen – personalpolitisch und programmatisch.

Dagegen will Geißler um jeden Preis verhindern, daß es der Union ähnlich ergeht wie der SPD. Die CDU könne nur überleben, wenn sie künftig weiche und grüne Themen betone und weniger laut über Waffenexporte oder neue Raketen räsoniere.

Kohl aber soll sich als Kanzler und Parteichef einer Reform-CDU bewäh-



Kölner Stadt-Anzeiger

Ramponiertes Richtungsschild . . .

Aber es geht Geißler noch um mehr. Ihn plagen, wie Strauß, Sorgen um die Zukunft seiner „guten CDU", die er als einzige Partei für „strukturell mehrheitsfähig" hält. Doch nach dieser Wahl kommen auch ihm Zweifel.

Im CDU-Präsidium widersprach er nicht, als der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht feststellte, die Parteienlandschaft habe sich grundlegend verändert. Nach dem neuerlichen Erfolg der Grünen sei klar: Schon vier Parteien hätten sich dauerhaft etabliert.

Die CDU-Häuptlinge mußten sich eingestehen, daß auch die Union mit ihren traditionellen Politik-Angeboten nicht länger automatisch bei ihrer bisherigen Stammkundschaft ankommt. Die Wähler sind sensibler und mobiler geworden.

„Schon heute sind die grünen Gefühle", so Warnfried Dettling, ein Bonner Polittheoretiker der CDU, der lange im

ren. Gemessen wird der Kanzler demnächst am Ergebnis der Koalitionsverhandlungen, speziell an der Sozialpolitik. „Kohl muß dafür sorgen, daß sich der Inhalt des CDU-Programms in der Regierungserklärung wiederfindet. Denn *wir*", so ein führender Christdemokrat, „haben in diesem Jahr Landtagswahlen vor uns, nicht die CSU."

Kohl weiß genau, daß sein Überleben im Kanzleramt gefährdet ist, wenn die Union in diesem Jahr auch noch die Mehrheit im Bundesrat verlieren sollte und damit Steuer- und Rentenreform sowie die Kostendämpfung im Gesundheitswesen in Gefahr gerieten. Verlöre die Union ihre Regierungsmacht im Mai in Rheinland-Pfalz oder im September in Schleswig-Holstein an eine rot-grüne Mehrheit (Strauß: „Die Sozis müßten von allen guten Geistern verlassen sein, wenn sie da nicht gewinnen. Aber die rutschen ja offenbar wie mit genagelten

„Die CDU muß sich erneuern"

Der christdemokratische Parteitheoretiker Warnfried Dettling über das Wahldebakel der Union

Warnfried Dettling, Abteilungsleiter im Gesundheitsministerium, leitete von 1973 bis 1981 die Planungsabteilung der CDU. Die folgenden Thesen trug er am Tag nach der Wahl bei einem Treffen mit israelischen Politikern vor. Auszüge:

Für die CDU/CSU ist dieses Wahlergebnis mehr als ein Denkzettel, es ist eine ziemliche Katastrophe. „Zweite Wahlen" waren bisher immer „Durchsetzungswahlen" (Heiner Geißler), sie begründen eine Epoche – oder auch nicht. Konrad Adenauer 1953: Mehrheit der Mandate; Willy Brandt 1972: das beste Ergebnis, das die SPD je hatte; CDU/CSU 1987: das schlechteste Ergebnis seit 1949. Noch unter den negativen Rekordmarken von Barzel (1972) und Strauß (1980), deren Ergebnisse man damals als den eisernen Bestand der Union interpretiert hatte, jetzt weiß man's besser.

In einer Lage, in der die äußeren Bedingungen (Wirtschaftsentwicklung) günstig waren, in der kaum jemand die SPD in der Regierung sah oder sie dort haben wollte, angesichts der Tatsache, daß die Deutschen ihre Regierung nur in langen Perioden abwählen, dazu ein technisch-brillanter Wahlkampf aus der Regierung heraus: In einer solchen Situation müssen eher 50-Prozent-Chancen winken als sich die Falltür zu 40 Prozent öffnen.

Was ist geschehen, wo liegen die Ursachen, was sind die Konsequenzen?

Die politische Rhetorik wichtiger Unionspolitiker war in den vergangenen Wochen offensichtlich bestimmt durch den Versuch, die Mehrheit nicht in der Mitte, sondern am rechten Rand zu gewinnen. Dieser Versuch ist gescheitert.

Es ist die politische Mitte, in der die CDU/CSU ihre strukturelle Mehrheitsfähigkeit behauptet – oder verspielt.

Die Äußerungen zum Thema „Vergangenheitsbewältigung" haben, zum Glück möchte man sagen, nicht verfangen, sie dürften mehr Wähler abgeschreckt als angezogen haben. Auch hier ist eine Diskussionslage entstanden, die nicht nur ziemlich schief, sondern auch völlig unnötig war.

Wenn man bedenkt, daß Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einer großen Rede zum 8. Mai die Gefühle der Mehrheit der Deutschen getroffen hat, wenn man sich fragt, wie es geschehen konnte, daß die Unionsparteien, statt sich in diese Zustimmung einzufügen, durch wichtige Repräsentanten eher eine Gegenposition haben formulieren lassen, dann kann man nur noch zum schwarzen Humor Zuflucht nehmen: difficile est, satiram non scribere.

Die CDU hat einen ziemlich konsequenten Wirtschaftswahlkampf geführt. Mit Ausnahme der Familienpolitik hat die CDU soziale Themen allenfalls am Rande angesprochen. Von ihrem Charakter als soziale Volkspartei war nichts oder nur wenig zu spüren. Bei vielen ist der Eindruck entstanden, daß die Unionsparteien die über zwei Millionen Arbeitslosen, dazu noch die 2,8 Millionen Sozialhilfeempfänger kalt abschreiben.



CDU-Denker Dettling
„Falltür zu 40 Prozent"

Auch hier hat die CDU vergessen, was sie in ihren Programmen längst beschlossen hatte: daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine mehrdimensionale Strategie voraussetzt (Wirtschaftswachstum, Arbeitszeitverkürzung, flexiblere Gestaltung des Arbeitslebens).

Für die Union stellt sich, auch nach diesem Wahldebakel, nicht die Kanzlerfrage. Helmut Kohl ist nach wie vor von seinem Naturell her ein Mann der politischen Mitte, ein Politiker, der trotz gegenteiliger Rhetorik offener ist für soziale Entwicklungen und für die neuen Bedürfnisse der Menschen als denkbare personelle Alternativen; ein Politiker auch, der – wenn er diese Chancen nur begriffe und von seiner Umgebung besser beraten wäre – eine im *guten* Sinne „deutsche Normalität" ebenso repräsentieren könnte wie Offenheit für nicht nur technische Modernisierung, sondern vor allem auch für soziale und menschliche Weiterentwicklung unserer Gesellschaft.

Es gibt deshalb *zu* Helmut Kohl keine Alternative, wohl aber gibt es *für* Helmut Kohl Alternativen: der Wertkonservative, der er ist, zu bleiben und gerade deshalb manchen Strukturkonservativismus zu überwinden; eine geistige Idee seiner Politik (die ja immer noch eine Epoche werden kann: schlechte Wahlergebnisse lassen sich durch überzeugende Politik widerlegen) konturenscharf zu formulieren und zu repräsentieren, die ihre Leitformeln nicht aus den 50er Jahren borgt, sondern auf der Grundlage einer sozialen Wirtschafts- und Finanzpolitik durchaus auch visionäre Züge tragen darf.

Die CDU braucht, vergleichbar den 70er Jahren, eine Phase der Erneuerung.

Wie damals kann die Erneuerung nur gelingen durch eine aktive politische Führung und durch Mobilisierung der Basis und ihrer Vereinigungen.

Die CDU steht vor der Aufgabe, die Mehrheit, die Mitte und das Moderne analytisch neu zu definieren und politisch neu zu formulieren, will sie ihre strukturelle Mehrheitsfähigkeit wiedergewinnen.

Die Wahl am 25. Januar 1987 war eine Richtungswahl. Während die SPD vor einer fast unlösbaren Aufgabe steht, hat die CDU die Möglichkeit, die Chance der Krise zu nutzen und aus dieser Niederlage zu lernen. Insofern ist es gut, daß die Wahlniederlage deutlich ausgefallen ist und keinen Platz für Ausreden läßt.

Verspielt die CDU diese Chance, verkennt sie die Lektion, die die Wähler ihr erteilt haben, dann mag sie sich damit trösten, daß es immer noch für einige Zeit in der Regierung reicht: mit einer erstarkenden FDP – oder gemeinsam mit der SPD in einer dann nicht mehr so „Großen Koalition" von zwei Parteien, die sich dann wieder näherkommen – auf niedrigerem Niveau.

Stiefeln auf der Rodelbahn immer tiefer hinab"), die Vorwürfe gegen ihn, jetzt noch zurückgehalten, würden sogleich erhoben werden.

Insgeheim läuft schon längst wieder die Diskussion über das Risiko Kohl. Die CDU-Landesverbände haben sich ausbedungen, die politischen Schwerpunkte in ihren Wahlkämpfen selbst setzen und mit Landesthemen auf Distanz zur Politik der Kohl-Regierung gehen zu können.

Kein Unionsministerpräsident will sich nach den Erfahrungen im Bundestagswahlkampf durch Helmut Kohl, für fatale Überraschungen immer gut, entscheidende Prozente nehmen lassen.

Derweil macht sich Strauß vor der CSU-Landesgruppe über den Kanzler lustig. Der Bayer erinnerte daran, daß Kohl zuerst Erich Honecker eingeladen, dann aber der DDR Konzentrationslager angedichtet habe: „Das war so, wie wenn einer irgendwo eingeladen ist und die Dame des Hauses begrüßt, ja mei, was ham S' für einen schönen Kropf!"

STEUERN

Einigt euch

Verkehrte Welt: Eine Mehrheit in der CDU lehnt die Forderung von FDP und CSU ab, den Spitzensteuersatz zu senken.

Zwei Tage nach der Bundestagswahl verlangte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler im Präsidium seiner Partei Auskunft über eine wichtige Zukunftsfrage.

Im Wahlkampf habe er von Bürgern erfahren, so Geißler, daß die Leute die letzte Steuersenkung im Einzelfall kaum bemerkt hätten. „Ich bin kein Steuerfachmann", sagte der CDU-General am letzten Dienstag bescheiden. Deshalb wolle er jetzt von den Experten wissen, ob die im Wahlkampf mit viel Tamtam versprochene große Steuerreform ähnlich wirkungslos versickern könnte. Geißler: „Haut das, was wir machen, die Leute vom Stuhl?"

Das Mißtrauen des Oberwahlkämpfers der Union war im Verlauf der Präsidiumssitzung stetig gewachsen. CDU-Finanzminister Gerhard Stoltenberg, Arbeitsminister Norbert Blüm, die Länderfürsten Ernst Albrecht, Uwe Barschel und Lothar Späth hatten sich über Einzelheiten und Grundsätze der Reform heftig zerstritten.

Es wurde offenbar: Die Steuerreform, die Finanzminister Stoltenberg mit seinem Namen verknüpft sehen möchte, muß nicht nur mit den Koalitionspartnern FDP und CSU ausgehandelt werden; auch in der CDU gibt es fast unüberbrückbare Gegensätze.

Ein fundierter und detaillierter Kompromiß in den Koalitionsvereinbarungen



CDU-Ministerpräsident Späth
„Kommt nicht in Frage"

innerhalb weniger Wochen erscheint nach den Präsidiumssitzungen vom Dienstag und Donnerstag allein wegen der Differenzen innerhalb der CDU kaum möglich. Und wenn die Reform doch zustande kommt, wird sie kleiner ausfallen als erwartet.

Die schwierigste Hürde errichteten die CDU-Ministerpräsidenten, denn die Bundesländer und Gemeinden sind an jeder Senkung der Einkommensteuer mit 57,5 Prozent Einnahmeverlust beteiligt. Bevor überhaupt ein Wort über die Höhe von Steuergeschenken und ihre Finanzierung gesagt werden könne, beharrten Albrecht aus Niedersachsen und Barschel aus Schleswig-Holstein, müsse ein schwieriges Problem geklärt werden: Beim Finanzausgleich zwischen Arm und Reich sei die unterschiedliche Finanzkraft der Gemeinden als zusätzlicher Maßstab einzubeziehen.

Die Konsequenz wären dikke Überweisungen von den fetten Stuttgarter und Münchner Landeskonten in den armen Norden. Lothar Späth fuhr sofort auf: „Das kommt überhaupt nicht in Frage."

Dem Kanzler fiel nicht mehr ein als die sanfte Bitte: „Einigt euch." Dabei geht der Streit an die Substanz. Bislang unterstützen von den Länderchefs nur Späth und Strauß die Pläne für eine große Steuerreform vorbehaltlos, weil sie ihren Anteil am Verzicht auf Einkommen- und Körperschaftsteuer-Milliarden verkraften können.

Sollte er gezwungen werden, dem Norden zu helfen, so Späth, fehle ihm das Geld für die Reform. Käme kein Geld aus dem Süden, hielten Barschel und Albrecht dagegen, könnten sie das von Bonn angepeilte Jahrhundertwerk nicht mitbezahlen. Keiner der Landesfürsten sprach davon, aber jeder Teilnehmer im Präsidium spürte die Drohung: Ehe wir uns finanziell ruinieren, blockieren wir die ganze Steuerreform zusammen mit den SPD-Ländern im Bundesrat.

Die Wahlverluste der Union stimmten besonders die Provinzherren, die demnächst Landtagswahlen zu bestehen haben und ihre Mittel für eigene Wahlgeschenke brauchen, nicht gerade nachgiebig. Die Abkehr der Wähler von der Christenpartei bewog die Präsidiumsmitglieder auch, einen Lieblingsplan von Gerhard Stoltenberg abzuwehren: Anders als CSU und FDP wird die CDU, das zeichnet sich nach der zweiten Zusammenkunft des Präsidiums am letzten Donnerstag ab, eine Senkung des Spitzensteuersatzes von 56 auf 52 oder gar 49 Prozent ablehnen. Die Unionsherren wollen das gemeine Publikum, das sie bei vier Landtagswahlen in diesem Jahr umwerben müssen, nicht durch eine zehn Milliarden Mark teure Wohltat für die oberen Hunderttausend brüskieren.

Vorkämpfer gegen Stoltenberg war in der vergangenen Woche Arbeitsminister Norbert Blüm, der seine Reputation als linker Flügelmann der Union wiedergewinnen will. Er habe in der vergangenen Legislaturperiode mitgetragen, daß Arbeitnehmer mit einem Einkommen bis zu etwa 5000 Mark die Last der Sanierung fast allein getragen hätten. Nun aber, verlangte Blüm, dürfe nicht wieder so begonnen werden, daß der Vorwurf der Verteilung von unten nach oben geradezu provoziert werde.

Der Arbeitsminister fand Hilfe bei allen Länderchefs von Albrecht bis Späth, auch als er warnte, die Minder-



CDU-Finanzminister Stoltenberg
Alle gegen einen